

Annoncen-
Annahme-Bureau.

In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei E. A. Mitz & Co.
Breitestraße 20,
in Grätz bei J. Strizland,
in Meseritz bei H. Mathias,
in Breschen bei J. Jabsch.

Posener Zeitung.

Neunzigster

Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureau.

In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei E. A. Mitz & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Götting
beim „Invalidendank“.

Nr. 253.

Mittwoch, 11. April.

1883.

Anzeigen.

Berlin, 10. April. Der König hat dem Kreis-Physikus, Sanitäts-
Rath Dr. med. Gerlach zu Paderborn die nachgesuchte Entlassung
aus dem Staatsdienst unter Beilegung des Charakters als Geheimer
Sanitäts-Rath erteilt, sowie die Wahl des Landschafts-Raths
v. Jagemis auf Nuttrin zum Direktor des Stölpner Departements der
Reichsmessenden Landschaft für einen sechsjährigen Zeitraum bestätigt.
Der Bibliothekar Peppermüller ist als etatsmäßiger Bibliothekar
an der Königlich-technischen Hochschule in Aachen angestellt worden.
Am S. Lehrer-Seminar zu Webersfeld ist der Lehrer Poppen zu
Remels als Hilfslehrer angestellt. Der Seminar-Hilfslehrer Müller zu
Webersfeld ist in gleicher Eigenschaft an das Schullehrer-Seminar zu
Hannover versetzt. Am Schullehrer-Seminar zu Siegburg ist der bis-
herige Zweite Lehrer an der Präparanden-Anstalt zu Heiligenstadt,
Solf, als ordentlicher Lehrer und der Lehrer van Kempen zu Ober-
mörmter, Kreis Ritz, als Hilfslehrer angestellt.
Der König hat dem Gymnasial-Oberlehrer a. D., Professor M. o-
linski zu Posen, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Deutscher Reichstag.

62. Sitzung.

Berlin, 10. April. Am Tische des Bundesraths: Scholz, Geh.
Rath Bödiker.

Präsident v. Leskeow eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr.
Die zweite Verabreichung der Novelle zur Gewerbeord-
nung wird fortgesetzt.

§ 56a soll nach dem Vorschlage der Kommission folgende Fassung
erhalten:

Ausgeschlossen vom Gewerbebetriebe im Umherziehen sind ferner:
1. Die Ausübung der Heilkunde, insoweit der Ausübende für die-
selbe nicht approbiert ist.

2. Das Auffuchen, sowie die Vermittlung von
Darlehnsgeheimnissen und von Rückkaufsgeschäften
ohne vorgängige Bestellung, ferner das Auffuchen von Be-
stellungen auf Staats- und sonstige Wertpapiere, Lotterieloose und
Bezugs- und Anteilsscheine auf Wertpapiere und Lotterieloose.
3. Das Auffuchen von Bestellungen auf Branntwein und Spiritus
bei Personen, in deren Gewerbebetriebe dieselben keine Verwendung
finden.

Die Fortschrittspartei und die liberale Vereinigung beantragen,
die Nr. 1 und in Nr. 2 die gesperrt gedruckten Worte zu streichen.

Abg. Dr. Langerhans will die Nr. 1 wie folgt formuliert
wissen: „Die gewerbmäßige Behandlung von Kranken leitend nicht
approbierte Personen.“ Die Befreiung der Kurpfuscherei sei durch
die von der Kommission vorgeschlagene Fassung unmöglich zu erreichen,
zumal dieselbe vorzugsweise als Nebenbeschäftigung und nicht als
Hauptgewerbe betrieben werde. Redner stellt indes seinen Antrag erst
für die dritte Lesung in Aussicht.

Geh. Rath Bödiker befreit, daß die Ausübung der Kur-
pfuscherei als Nebenbeschäftigung der Charakter der Gewerbmäßigkeit
nehme, indessen habe er gegen die vom Abg. Langerhans vorgeschlagene
Fassung, welche sich an die Petition des Dresdener Ärztevereins an-
schließe, nichts einzuwenden.

Abg. Büchtemann ist der Meinung, daß die Bestimmung,
welche das Auffuchen und die Vermittlung von Darlehnsgeheimnissen
und Rückkaufsgeschäften ohne vorgängige Aufforderung unterlag
wissen will, nicht nur ohne Vortheile für diejenigen Kategorien sei,
welche man dadurch schützen wolle, sondern auf das ehrliche Geschäft
hemmend wirken werde. Die Regierung habe hier wieder die mannig-
fachen Auswüchse, die sich im Darlehnsgeheimnis gezeigt haben, zur
Grundlage genommen und um diese zu beseitigen, solle wieder ein Er-
werbszweig vernichtet werden. Da es übrigens sehr fraglich sei, ob die
Betheiligten nicht Mittel und Wege finden werden, trotz der bestehenden
Bestimmungen die Darlehnsgeheimnisse in der von der Regierung
verpönten Weise zu betreiben, so sei es überflüssig, hier abermals den
Gesetzgebungsapparat in Bewegung zu setzen.

Abg. Richter (Hagen) bittet die Nr. 1 abzulehnen, da in den
Motiven durch nichts konstatiert ist, daß durch die nichtapprobierten Per-
sonen ein Schaden angerichtet worden sei. Der Begriff des Anerbietens
sei auf dieselben auch kaum in dem üblichen Sinne anzuwenden, da sie
meist nur durch Inserate in den Zeitungen ihre Dienste offeriren und
bekannt machen, daß sie in einem bestimmten Gasthof ordiniren werden.
Sehr bedenklich sei dieser Paragraph auch darum, weil bei seiner jetzigen
Fassung auch die barmherzigen Schwestern und Diaconissen unter
denselben fallen können, da auch auf sie die Kriterien des Paragraphen,
das Herumziehen und die Gewerbmäßigkeit zutreffen.

Abg. von Köller hält das Bedürfnis zur Befreiung der
Kurpfuscherei für genügend nachgewiesen und ist bemüht, dies durch
verschiedene Beispiele von dem Treiben sogenannter „Wunderdoktoren“
zu belegen. Die von dem Abg. Langerhans angeregte Aenderung
wolle er acceptiren, jedoch nur unter der Bedingung, daß hinter
„Kranken“ eingeschaltet werde „Menschen und Thiere“. Daß das
Gesetz auf barmherzige Schwestern ausgedehnt werden würde, sei nicht
anzunehmen, zumal diese nicht in der Lage sind, sich anbieten zu müssen,
sondern die Nachfrage nach ihnen so groß sei, daß man ihr nicht nach-
kommen könne.

Abg. Meyer (Zena) hält die Nr. 1 gleichfalls für unannehmbar,
da durch ihn alle Bestrebungen der Barmherzigkeit und Krankenpflege
getroffen werden und hält es immerhin für besser, sich der Behandlung
eines nicht approbierten Zahnheilers, als eines ungeschickten Barbiers
anzuvertrauen.

Abg. v. Kleist-Regow: Der vorliegende Paragraph wird im
Landes ungetheilte Zustimmung finden, da er es von einer unter Um-
ständen sehr gefährlichen Specie von Menschen befreit. Besonders auf
dem Lande werde man dem Hause für die Annahme des Paragraphen
dankbar sein. Wenn der Abgeordnete Richter die Nonnen und barm-
herzigen Schwestern zitiert hat, so geschah es wohl nur, um uns vor
dem Paragraphen „grauslich“ zu machen. Thatsächlich ist eine Inter-
pretation des Paragraphen in diesem Sinne unmöglich. Durch die
Nr. 2 solle keineswegs das Darlehnsgeheimnis ruiniert werden, man will
dadurch nur die Landleute vor dem Ausgange durch Betrüger be-
schützen.

Abg. Kochann (Landsberg) befürchtet von der Annahme der
Nr. 2 den vollständigen Ruin des realen Geschäftes. Der größte
Theil der Geldgeschäfte wickelt sich in der Weise ab, daß der eine dem

andern sein Kapital anbietet; das sei selbst Brauch in den größten
Handelsstädten und in anderer Weise seien Darlehnsgeheimnisse über-
haupt nicht zu entziehen. Wenn einer den Beweis liefern könnte, daß
durch Annahme dieser Nummern dem Treiben der Buxer ein Ziel
gesetzt werden könnte, so würden die liberalen Parteien für denselben
stimmen.

Abg. Dr. Windthorst ist der Ueberzeugung, daß man der Kur-
pfuscherei nicht scharf genug zu Leibe gehen könne und wünscht die
Ausdehnung der Bestimmung auch auf diejenigen, die sich nicht an-
bieten, sondern zur Kurpfuscherei von Patienten aufgefordert werden.
Am zweckmäßigsten wäre es, wenn man die Nr. 1 nach dem Vorschlage
des Abg. Langerhans annehme. Die barmherzigen Schwestern können
durch das Gesetz nicht getroffen werden, da sie kein Gewerbe mit der
Krankenpflege treiben. Die Bestimmungen gegen das unbeauftragte
Anbieten der Darlehnsgeheimnisse seien noch zu schwach, man habe es
da mit einem Uebelstande zu thun, den man mit den schärfsten Waffen
bekämpfen müsse, weil er den ganzen Bauernstand zu vernichten drohe.
Redner empfiehlt, daß wie früher in seiner Heimath Hannover derartige
Geschäfte als nicht rechtsverbindlich erklärt werden.

Abg. Dr. Thilenius bemängelt den Ausdruck „Heilkunde“ in
der Nr. 1, da derselbe den Anschein erwecke, als ob es sich nur um
solche Personen handele, welche die Wissenschaft der Heilkunde studirt
haben, ohne zur Ausübung der ärztlichen Praxis approbiert zu sein,
während der Paragraph sich doch jedenfalls gegen die Ausübung ärzt-
licher Praxis durch alle nicht approbierten Personen richten soll. Am
prägnantesten sei die von dem Abgeordneten Dr. Langerhans vorge-
schlagene Fassung.

Abg. Dr. Langerhans adoptirt die Auffassung des Vorredners
über den Begriff „Heilkunde“ und ist der Meinung, daß der Köllersche
Vorschlag, der auch die gewerbmäßige Behandlung von Thieren durch
nicht approbierte Ärzte verboten wissen will, Herrn v. Köller nicht die
Sympathien der Landbewohner erwerben werde, da bei der unzureichen-
den Zahl von Thierärzten die Bauern nicht gut auf die thierärztliche
Hilfe der Schmiehe verzichten könnten.

Geh. Rath Bödiker kann nicht zugeben, daß durch das Wort
„Heilkunde“ nur die von dem Vorredner genannten Personen getroffen
werden würden. Das Wort umfasse vielmehr Alle, die unbefugt ärzt-
liche Praxis üben, und man möge dieses Ausdrucks wegen nicht etwa
einen Antrag ablehnen, der eine absolute Nothwendigkeit sei.

Abg. Richter (Hagen) faßt den Ausdruck „Heilkunde“ ganz wie
die Regierung auf, aber gerade das mache ihm den Paragraphen be-
denklich, denn dann müßten auch die Nonnen unter denselben fallen.
(Geh. Rath Bödiker: Nein.) Aber man würde auch alle diejenigen
treffen, die überhaupt außerhalb ihres Wohnortes das Gewerbe aus-
üben und auch alle den Diaconissenhäusern analogen Bestrebungen
unserer Zeit. Auch die unbedenkliche Thätigkeit von Zahnheilkundern
und Hühneraugen-Operateuren würde durch Annahme der Nr. 1 ganz
unmöglich gemacht werden. Gerade in den Zeiten, wo die Kur-
pfuscherei am strengsten verboten war, ist sie am meisten geübt und
sogar von fürstlichen Personen protegirt worden, wie ein Vorfall in
der Heimath des Abg. Windthorst beweise. Die Nr. 2 des Para-
graphen sei in Hinsicht auf die Wucherer durchaus entbehrlich.

Abg. v. Kleist-Regow hält die Beibehaltung der Bezeichnung
„Heilkunde“ für nothwendig, weil man dadurch am besten anzeigt, daß
die Leute etwas betreiben, was sie nicht verstehen.

Abg. Dr. Blum führt aus, daß die Bestimmung bezüglich der
Darlehnsvermittlung schwerlich zur Hebung des Credits der ländlichen
Bevölkerung beitragen werde.

Abg. Dirichlet tritt der Meinung entgegen, als ob bei der
Thätigkeit der Diaconissen das Moment der Gewerbmäßigkeit
fehle; die Entscheidung werde allerdings nicht den Diaconissen,
wohl aber der betreffenden Anstalt ausgeliefert. Uebrigens werden
neuerdings auch von Frauenvereinen Krankenpflegerinnen ausgebildet,
die auf eigene Rechnung ihre Dienste anbieten. Was das Vermittlungs-
geschäft anlangt, so seien nicht die Darlehnsvermittler die schlimmsten
Personen, sondern diejenigen, welche sich für kleine Naturalleistungen
Wucherzinsen geben lassen.

Abg. Dr. Windthorst erwidert dem Vorredner, daß die Dia-
conissen der barmherzigen Schwestern sich nicht mit der Heilung,
sondern nur mit der Pflege Kranken beschäftigen. Redner bezeichnet
das Gausiren mit Kapitalien als einen Handel. Damit werde das
Publikum zur Annahme von Kapitalien verführt. Man müsse auch die
Gelegenheit, Wucher zu treiben, zu beschränken suchen.

Bei der nun folgenden Abstimmung war zunächst der Antrag
Baumbach bezüglich der Nr. 1 mit 132 gegen 118 Stimmen abgelehnt,
ebenso der Antrag Bodenbach bezüglich der Ziffer 2 mit Majorität.
Bei der Gesamtstimmung über den § 56a. wird derselbe mit 130
gegen 121 Stimmen nach den Beschlüssen der Kommission genehmigt.

§ 56b lautet: Der Bundesrath ist befugt, soweit ein Bedürfnis
obwaltet, anzuordnen, daß und inwiefern der Ankauf oder das Ver-
kauf von einzelnen der im § 6 Abs. 2 ausgeschlossenen Waaren im
Umherziehen gestattet sein soll.

Aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, sowie zur Abwehr oder
Unterdrückung von Seuchen kann durch Beschluß des Bundesraths und
in dringenden Fällen durch Anordnung des Reichskanzlers nach Ein-
vernehmen mit dem Ausschusse des Bundesraths für Handel und Verkehr
für den Umfang des Reiches oder für Theile desselben bestimmt werden,
daß und inwiefern außer den in den §§ 56 und 56a aufgeführten
Gegenständen und Leistungen auch noch andere Gegenstände und
Leistungen auf bestimmte Dauer von dem Gewerbebetriebe im Umher-
ziehen ausgeschlossen sein sollen. Aus denselben Gründen
kann die gleiche Bestimmung durch Anordnung der
zuständigen Landesbehörden für den einzelnen
Bundesstaat oder für Theile desselben getroffen
werden.

Durch die Landesregierungen kann das Umherziehen mit Zucht-
hengen zur Deckung von Stuten unterlag, oder Beschränkungen
unterworfen werden.

Abg. Baumbach beantragte, dem zweiten Absatz folgenden Zu-
satz zu geben:
„Die Anordnung ist dem Reichstage sofort, oder, wenn derselbe
nicht veranlagt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzutheilen.
Derselbe ist außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung
nicht ertheilt.“

Außerdem beantragte Baumbach, die im Absatz 2 gesperrt gedruck-
ten Worte zu streichen.

Abg. Dirichlet beantragte den Absatz 3 zu streichen.

Geh. Rath Bödiker widersprach dem Antrage Baumbach aus

Opportunitätsgründen. Es sei nicht angänglich, dem Reichstage in
den erwähnten Fragen ein so wichtiges Recht einzuräumen.

Abg. Seydewitz glaubt, daß die in Rede stehende Bestim-
mung nicht in den Rahmen dieses Gesetzes passe. Für jeden Fall
werde aber das Recht des Reichstages gewahrt werden müssen. Er
empfehle deshalb den Antrag Baumbach zur Annahme.

Minister Scholz bittet um Ablehnung des Antrags Baumbach.
Nach den gemachten Erfahrungen glaube die Regierung, daß es weder
dem Ansehen des Reichstages noch der Reichsregierung förderlich sei,
wenn Anordnungen der letzteren, die im öffentlichen Interesse noth-
wendig seien, der Genehmigung des Reichstages bedürfe. Die Regie-
rung könne sich nicht der Gefahr aussetzen, getroffene Anordnungen in
Folge des Beschlusses des Reichstages wieder aufheben zu müssen.

Abg. Meibauer findet, daß lediglich eine gewisse Empfindlich-
keit die Opposition der Regierung gegen den Antrag Baumbach
hervorgehoben hat. Der Reichstag werde seine Genehmigung nicht
versagen, wenn eine Maßregel sich als nothwendig herausstellte. Ver-
sagt der Reichstag aber seine Genehmigung, so werde der Bundesrath
nur von der Verantwortlichkeit befreit.

Abg. Frhr. v. Minnegorode will die Maßregel der Regierung
nicht von der Zustimmung des Reichstages abhängig machen, wenn es
sich um Fragen handelt, die einer schleunigen Anordnung bedürfen.

Minister Scholz: Nicht Empfindlichkeit ist der Grund, weshalb
der Antrag Baumbach bekämpft wird, sondern die Befürchtung, daß der
Rechtszustand dadurch ein schwankender wird. Die bereits vorhandenen
ähnlichen Bestrebungen unterscheiden sich von dem vorliegenden Antrage
wesentlich dadurch, daß das Veto des Reichstages gegen bleibende
Anordnungen gestattet ist, nicht aber gegen Beschlüsse von nur vor-
übergehender Wirkung.

Abg. Dr. Windthorst erklärt sich gegen den Antrag, weil
aus demselben den Bundesregierungen schwere Verlegenheiten erwachsen
könnten.

Abg. Dr. Bamberger hält das Initiativrecht des Reichstages
für nicht minder wichtig als das Verordnungsrecht der Regierung,
aber es werde dem Reichstage doch Niemand aus dem Grunde zu-
muthen, auf dasselbe zu verzichten, weil die Regierung einmal Anträge
des Reichstages ablehnen könnte. Er glaube nicht, daß die Regierung
das Verbot der Einfuhr amerikanischen Schweineflesches erlassen
hätte, wenn sie dasselbe dem Reichstage zur Genehmigung hätte vor-
legen müssen.

Minister Scholz erwidert dem Vorredner, daß der Unterschied
zwischen der Initiative des Reichskanzlers und dem Verordnungsrechte
der Regierung darin liege, daß es in letzterem Falle sich um eine sofort
in Geltung tretende Bestimmung handelt, in ersterem Falle nicht.
Gerade um fortwährende Aenderungen geltender Bestimmungen zu ver-
meiden, bitte er um Ablehnung des Antrages.

Abg. Dr. Sanel führt aus, daß für die Verordnungen des Bun-
desraths es an jeder Verantwortlichkeit dem Reichstage gegenüber
fehle. Auch der Bundesrath könne sich irren, der Reichstag thue nur
seine Pflicht, wenn er eine Verichtigung eintreten läßt. Kein Mensch
habe daran gedacht, daß die Regierung ihr Verordnungsrecht, Maß-
regeln zum Schutze der Gesundheit zu treffen, bis zum Verbot des
amerikanischen Speckes ausdehnen könnte. Der Bundesrath kann die
Verantwortung, die der Antrag Baumbach fordert, sehr wohl über-
nehmen. Wir haben das Verordnungsrecht der Regierung schon zu sehr
ausgedehnt und bitten deshalb den Antrag Baumbach anzunehmen.

Abg. Dr. Windthorst: Der Antrag Baumbach führe eine
Aenderung unseres bisherigen Verfassungszustandes herbei, außerdem
empfehle es sich nicht, in so geringen Dingen dem Reichstage ein Ver-
ordnungsrecht vorzubehalten zu wollen. Wir befinden uns in einem
Bundesstaat, und deshalb sei es nicht zulässig, daß Verordnungen der
Einzelregierungen durch den Reichstag geändert werden sollten.

Abg. Dr. Bamberger: Es handelt sich hier nicht darum,
irgend ein Recht der Regierungen zu verlegen.

Abg. Dr. Windthorst glaubt trotzdem, daß der Antrag Baum-
bach Neuerungen für die Einzelstaaten schaffe.

Abg. Richter (Hagen) erklärt es für sehr geschickt von dem Abg.
Windthorst, hier, wo die Rechte des Reichstages in Frage kommen,
die Sache auf das Gebiet der Kompetenz der Einzelstaaten hinüberzu-
spielen. Wer die Rechte des Reichstages aufrecht erhalten wolle,
müsse den Antrag Baumbach annehmen.

Finanzminister Scholz bedauert, daß man das Gesetz so formu-
liren wolle, wie es im Interesse des Reichstages, nicht aber im In-
teresse des Landes liege. (Murren links.)

Abg. Dr. Sanel erwidert, daß die Interessen des Landes mit
denen des Reichstages identisch seien und daß hier eine praktische
Nothwendigkeit in einer Unterscheidung zwischen beiden nicht vorliege.

Abg. Frhr. v. Minnegorode hält es für nothwendig, den
Einzelregierungen das Verordnungsrecht im vollen Umfange zu er-
halten und befragt es, wenn aus den Verhandlungen des Reichstages
sich ein Souveränitätsbewußtsein gegenüber dem Bundesrath ent-
wickeln sollte, das nach Lage der Dinge nicht gerechtfertigt sei.

Nachdem noch Geh. Rath Herrmann für die Annahme der
Regierungsvorlage plaidirt, werden die Anträge des Abg. Baum-
bach mit 139 gegen 135 Stimmen angenommen und der An-
trag Dirichlet abgelehnt.

Den § 57 beantragt die Kommission in der folgenden Fassung der
Regierungsvorlage anzunehmen:

Der Wandergewerbeschein ist zu versagen:

1. wenn der Nachsuchende mit einer abschreckenden oder anstößigen
Krankheit behaftet oder in einer abschreckenden Weise ent-
stellt ist;
2. wenn er unter Polizeiaufsicht steht;
3. wenn Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen,
daß der Nachsuchende den Gewerbebetrieb zu Handlungen, welche
den Gesetzen oder den guten Sitten zuwiderlaufen, oder zu schwin-
delhaften Zwecken benutzen wird;
4. wenn Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen,
daß der Nachsuchende der Arbeitscheu, der Bettelei, der Land-
streicherei, dem Trunke oder einem ähnlichen Lebenswandel er-
geben ist;
5. in dem Falle des § 55 Ziffer 4, sobald der den Verhältnissen des
Verwaltungsbezirks der zuständigen Verwaltungsbehörde entsprechen-
den Anzahl von Personen Wandergewerbescheine ertheilt oder aus-
gegeben sind.

Die Fortschrittspartei und die liberale Vereinigung beantragen
zu § 57:

a) In der ersten Zeile zu setzen:
"Der Gewerbeschein darf nur ver sagt werden";
b) an Stelle der Nr. 3 und 4, der Gewerbeordnung von 1869 entsprechend, folgende Nummern zu setzen:
(Nr. 3) oder wegen strafbarer Handlungen aus Gewinnsucht, gegen das Eigentum, gegen die Sittlichkeit, wegen vorsätzlicher Angriffe auf das Leben und die Gesundheit der Menschen, wegen vorsätzlicher Brandstiftung, wegen Zuwiderhandlungen gegen Verbote oder Sicherungsmaßregeln, betreffend Einfuhrung oder Verbreitung ansteckender Krankheiten oder Viehseuchen, zu Gefängnis von mindestens 3 Monaten verurtheilt ist, und seit Verbüßung der Strafe drei Jahre noch nicht verstorben sind;
(Nr. 4) oder wegen gewohnheitsmäßiger Arbeitsleide, Bettelei, Landstreicherei, Trunksucht übel berüchtigt ist.
Abg. Baum bach: Jetzt darf nach den bestehenden Bestimmungen der Gewerbeordnung nur aus besonders festgesetzten Gründen ver sagt werden, nach den Kommissionsbeschlüssen muß derselbe künftig ver sagt werden unter gewissen Umständen. Die Kommissionsbeschlüsse beschränken die Ver sagtung nicht auf bestimmte Verbrechen, sondern verlangen ganz generell, daß überhaupt im Falle einer Ver sagtung, der Gewerbeschein nicht gegeben wird. Das ist abermals eine Verleugnung der Gleichberechtigung des Gewerbetreibenden mit dem gewöhnlichen Gewerbe, denn man verlangt doch sicherlich nicht von einem Gewerbetreibenden als unbedingte Voraussetzung der Erlaubnis zum Gewerbebetrieb, daß er niemals gerichtlich bestraft sei. Sehr bedenklich ist es ferner, daß die Vorlage Ausdrücke, wie schwindelhaft und licherlich enthält, die doch nicht eine allgemeine gütliche Bedeutung haben können und unter denen jede Behörde andere Handlungen verstehen wird. Ich erachte es als durchaus notwendig, daß diese beiden Ausdrücke ausgemerzt werden und fürchte nur, daß ich deshalb morgen als Verteidiger des Schwindels und der Licherlichkeit vom „Deutschen Tageblatt“ bezeichnet werden könnte. Während die Regierungsvorlage in allen anderen Punkten, wo es uns bedenklich war, die Polizeibefugnisse erweiterte und die Beurteilung stets dem Ernsten der Polizei anheimstellte, hat sie hier die Polizei an sehr feste Vorschriften gebunden. Wir hätten gewünscht, daß die Regierung hier einen größeren Spielraum den Behörden gelassen hätte.
Abg. v. Koeller ist verwundert, heute von der Seite, die sonst gegen jede Erweiterung der Polizeibefugnisse war, den Wunsch aus sprechen zu hören, die Regierung hätte gut gethan, die Beurteilung, ob ein Gewerbetreibender zu ver sagen oder zu gemähren ist, mehr dem Ernsten der Polizei anheimzustellen. Dieser Spielraum sei der Polizei im vorliegenden Falle, wenn auch in beschränkterem Maße gemährt und wenn von der linken Seite behauptet worden sei, daß einzelne Ausdrücke der Vorlage keinen bestimmten Begriff umfassen, so halte die konservative Partei die Fassung der Vorlage für sehr glücklich und erblicke in den Baum bach'schen Anträgen keine Verbesserung derselben.
Abg. Sonnemann: Der Schwerpunkt der Baum bach'schen Ausführungen liegt darin, daß bis jetzt ein einfaches und leicht verständliches Recht gegolten hat und nun ein sehr komplizirtes an seine Stelle treten soll, das in jedem Theile Deutschlands eine andere Auslegung finden wird. Nachdem man den Kreis der Gewerbe für den Gewerbebetrieb beengt hat, war diese „Mausefalle“, wie sie den Gaustrern hergestellt wird, überflüssig. Bedauerlich ist es, daß die Bestimmung der alten Gewerbeordnung, nach der dem Hausirer in 14 Tagen eine Antwort auf sein Gesuch erteilt werden mußte, nicht wieder aufgenommen worden ist und auch in Betreff der Ver sagtung hätte es beim Alten bleiben müssen. Gesehe, wie das vorliegende, befördert nur die Auswanderung. Durch Annahme desselben würde auch die Zeitungsfolportage beschränkt werden können; würde davon Gebrauch gemacht, so würden wir hinter Völler zurückgedrängt werden, welche in der allgemeinen Kultur mit uns nicht auf gleicher Höhe stehen. Nachdem man erst kürzlich die Verordnungen gegen die Hausirer in bedeutendem Maße verschärft hat, war eine nochmalige Verschärfung, wie sie hier wieder beabsichtigt ist, sicher nicht am Platze.
Geh. Rath Bödiker: Ueber die Bestimmungen der Gewerbeordnung von 1869 haben sich die Polizei- und Verwaltungsbehörden dahin geäußert, daß oftmals schien, als ob diese Bestimmungen mehr die Interessen der Vagabunden und Bestraften, als der ethischen Menschen im Auge haben.
Die Debatte wird geschlossen und die 4 Abschnitte des Antrages Baum bach werden mit einer Majorität von 3, 3 und 4 Stimmen abgelehnt. Die von der Kommission beantragte Fassung des § 57 wird schließlich angenommen.
Sodann wird die Debatte auf Mittwoch 12 Uhr vertagt.
Schluß 5½ Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 10. April. [Admiral Batsch. Die Gewerbeordnungs-Novelle.] Die Kieler Nachrichten, wonach ein jetzt von dem Vizeadmiral Batsch angestellter Urlaub der Vorläufer des Rücktritts dieses hohen Marineoffiziers ist, wird sich bestätigen. Es wäre unbegründet, anzunehmen, daß etwa Vorgänge, welche seit der Ernennung des Generals von Caprivi zum Chef der Admiralität stattgehabt, diesen Entschluß des Admirals Batsch veranlaßt hätten; die Sache ist vielmehr die, daß Herr Batsch trotz der Versuche, ihn umzustimmen, seinen Rücktritts Entschluß nach der Ernennung des gegenwärtigen Chefs nicht aufgegeben, sondern nur vertagt hatte. Mit diesen Dingen vertraute Personen waren damals darauf gespannt, ob das damalige kaiserliche Schreiben an Herrn Batsch, welches ihm die Caprivi'sche Ernennung in schmeichelhafter Weise mittheilte, veröffentlicht würde oder nicht; hieraus, so meinten sie, werde zu entnehmen sein, ob der Rücktritt Batsch's vertagt oder aufgegeben sei. Bekanntlich ist das kaiserliche Schreiben nicht veröffentlicht worden. Möglicherweise wäre der Entschluß des Admirals Batsch geändert worden, wenn die mehrfach erörterte Trennung der Verwaltung der Marine von dem Oberkommando derselben in der Zwischenzeit an Wahrscheinlichkeit gewonnen hätte; das Oberkommando hätte alsdann, da ein zur Uebernahme desselben geeignetes Mitglied des königlichen Hauses, wie s. Z. der Prinz Adalbert, nicht vorhanden ist, Herrn Batsch, als dem höchsten aktiven Seeoffizier, wohl nicht entgehen können. Der Schluß, daß der Gedanke dieser Trennung aufgegeben sei, würde aber nicht gerechtfertigt sein; im Gegentheil, vielleicht war die natürliche Anwartschaft des Admirals Batsch auf das Oberkommando ein Grund, daß derselbe von der Verwaltung der Marine vor der Hand nicht zu trennen, während die Maßregeln nach dem Rücktritt Batsch's als erleichtert betrachtet werden könnten. Denn bei aller Anerkennung für die Verdienste dieses Offiziers besteht in den entscheidenden Kreisen doch die Meinung, daß das Unglück von Follonica und die in Folge desselben stattgehabte kriegsgerichtliche Verurtheilung Batsch's ein Hinderniß für die Betrauung desselben mit einer obersten, sei es Verwaltungs-, sei es Kommando-Stellung sei. Und es läßt sich nicht verkennen, daß diese Ansicht auch unter den Marine-Offizieren weit verbreitet ist, wenngleich man unter ihnen diese

Sachlage mehr wie ein Unglück für den Admiral Batsch, als wie die Folge einer Verschuldung desselben auffaßt. Die Angaben über weitere Veränderungen in den höchsten Chargen des Marine-Offizierskorps sind bis jetzt nicht bestätigt. — Der dritten Lesung der Novelle zur Gewerbeordnung, welche erst über die Bedeutung der jetzt bei der zweiten Beratung stattfindenden Abstimmungen entscheiden wird, sieht man liberalerseits mit großer Besorgnis entgegen, denn es fehlen gegenwärtig erheblich mehr konservativ-Klerikale, als Liberale, so daß die ersteren mehr Aussicht auf Verstärkung haben, als die letzteren. Man kann allerdings vorderhand noch einigermaßen bezweifeln, ob die jetzt durch ihren Landtag zurückgehaltenen bayrischen Klerikalen geneigt sein werden, behufs Erhöhung der polizeilichen Macht nach dem Diktat des Herrn Windthorst zu stimmen. Der letztere diplomatisch in diesem Augenblick wieder auffallend; er bemüht sich nachdrücklich, zu verjähren, daß die Klerikalen ihr Mißvergnügen über das Abkommen mit Italien merken lassen.

S. Berlin, 10. April. Prinz Friedrich Karl ist heute Abend von seiner mehrmonatlichen Reise nach Ägypten im besten Wohlsein hier wieder eingetroffen und von seiner Gemahlin, dem Prinzen Friedrich Leopold und seiner ältesten Tochter, der vermittelten Prinzessin Heinrich der Niederlande, empfangen worden. Zahlreiche Kunstschätze, die der Prinz in fernen Ländern erworben, hat er mit heimgebracht. Morgen wird derselbe das von seinem Vater ererbte Palais am Wilhelmplatz besichtigen, um persönlich die näheren Bestimmungen über den beabsichtigten Umbau zu treffen. — Wie in militärischen Kreisen verlautet, werden die General-Lieutenants v. Barby I., bisher Kommandant von Hannover, und v. Thiele II., bisher Kommandeur der 20. Infanterie-Division, mit dem Charakter als Generale der Kavallerie bez. Infanterie in den Ruhestand treten. — Wie man hört, hat der Kaiser nun definitiv angedeutet, daß Prinz Albrecht ihn bei den Krönungsfeierlichkeiten in Moskau zu vertreten habe, und hat dieser bereits seiner Majestät die Kavaliere namhaft gemacht, welche ihn dahin begleiten sollen.

— Im Widerspruch zu der gestern erwähnten angeblichen Äußerung des Reichskanzlers bezüglich der Vertagung des Reichstags verlautet heute, der Reichskanzler habe in einer Besprechung mit dem Präsidenten des Reichstags, Herrn v. Levetzow, seiner Befriedigung darüber Ausdruck gegeben, daß die Gerüchte, nach Pfingsten solle durch Unbeschäftigkeit das Forttragen des Reichstags unmöglich gemacht werden, unbegründet seien. Er, der Reichskanzler, habe den dringenden Wunsch, daß die Novelle zur Gewerbeordnung, das Krankenkassengesetz, die Holz- und Zuckerversteuervorlage, der Etat für 1884/85 und das Unfallversicherungsgesetz zum mindesten in den Kommissionen erledigt werden. In wiefern die Erfüllung dieses Wunsches möglich ist, muß dahingestellt bleiben.

— Der parlamentarische Korrespondent der „Dreslauer Zeitung“ hatte des Gerichts Erwähnung gethan, daß Fürst Bismarck zum Herzog von Lauenburg ernannt werden sollte. Es bildete daselbe heute den Gegenstand mancher Erörterung in parlamentarischen Kreisen, doch hielt man es für haltlos, da der König von Preußen Herzog von Lauenburg ist und einer der Titel des Souveräns nicht wohl einem auch noch so verdienten Staatsdiener übertragen werden kann.

Paris, 8. April. Der Gewinner des großen Looses der Tombola vom Donnerstag Abend (Theaterfest zu Gunsten der überkommenen Elia-Lotharinger) hat sich noch immer nicht gemeldet. Vielleicht verbißt er sich absichtlich, um die ihm von dem Schicksal beschiedene Gabe nicht in Empfang nehmen zu müssen. Derselbe besteht nämlich, wie die Gewinnliste sagt, in einem Zebra aus dem Jardin des Plantes, in Wahrheit aber aus einem jungen Gel, der von dem Dekorationsmaler Robecchi gestreift angestrichen wurde, um das exotische Thier darzustellen, welches echt zu viel gekostet hätte und darum noch am letzten Tage durch einen anderen Bewohner des Jardin des Plantes ersetzt wurde. (1)

Vocales und Provinzielles.

Bosen, 11. April.

— **Verletzungen.** Der Oberlehrer Dr. Eichner am Gymnasium zu Gnesen ist zum königl. Gymnasial-Direktor ernannt und mit der Leitung des Gymnasiums zu Snoraglaw beauftragt, und der ordentliche Lehrer am Gymnasium zu Kulm, Dr. Reibronn, ist unter Beförderung zum Oberlehrer an das Gymnasium zu Wöngrowitz berufen worden. Der wissenschaftliche Gymnasial-Hilfslehrer Storz ist von Wöngrowitz an das Gymnasium zu Snoraglaw versetzt worden.

r. Für die Prüfung als Vorsteher an Taubstummen-Anstalten ist auf Mittwoch, den 22. August d. J. und die folgenden Tage in Berlin Termin anberaumt. Die Meldungen sind bis zum 15. Juni unter Beifügung der im § 5 der Prüfungsordnung vom 11. Juni 1881 bezeichneten Schriftstücke bei dem Provinzial-Schulkollegium, in dessen Aufschichtskreis der Bewerber ange stellt oder beschäftigt ist, anzubringen.

— **Prinz von Ardeck.** Gefondé-Reut. vom schlesischen Füsilier-regiment Nr. 38, ist in das hiesige 2. Leibhufaren-Regiment Nr. 2 versetzt worden.

Landwirthschaftliches.

† **Snoraglaw, 9. April.** [Landwirthschaftlicher Verein.] Am 4. d. Mts. fand hier selbst im Hübner'schen Saale (Kaff's Hotel) eine Sitzung des landwirthschaftlichen Kreisvereins statt, an welcher 41 Mitglieder theilnahmen; der Sitzung wohnten ferner als Gäste die Herren Dr. Müller von hier, Obrenstein und Grundbesitzer Schott — letzterer als Vertreter des Agrarvereins zu Wöngrowitz — bei. Der Vorsitzende, Herr Landwirthschafts-Rath Hirsch, erstattete zunächst eine Reihe von geschäftlichen Mittheilungen. Es wurde u. A. bemerkt, daß die Regierung neuerdings Verordnungen in Betreff des Feuerlöschwesens innerhalb des Bezirks, das platte Land betreffend, erlassen habe, in welchen die Wünsche zum größten Theile Berücksichtigung gefunden hätten, die vor mehreren Jahren innerhalb des Vereins zum Ausdruck gelangt und dann in einer Petition niedergelegt worden waren. Die Versammlung schritt sodann zur Wahl der Mitglieder für die Kommissionen zur Prämierung von Pferden und Rindvieh häuslicher Besitzer. Es wurden gewählt: a) in die Kommission zur Prämierung von Pferden die Herren: Geisler-Bojemo, Klaviter-Marcinow, Mehring-Ruscha als Mitglieder, Erdmann-Snoraglaw, Freitag-Klunowo, Gottschling-Orlowo als Vertreter; b) in die Prämierungs-Kommission für Rindvieh die Herren: Mahne-Gonsl, Girschien-Rucowo, Stubenrauch-Leng als Mitglieder, Leonhardt-Rucowo, Kauffmann-Dobieslawice, Wentscher-Simonien als Stellvertreter. Der Vorsitzende machte auf den am 24. und 25. d. M. hier selbst stattfindenden Zugspferdemarkt aufmerksam und ersuchte Anmeldungen recht bald an das Komite gelangen zu lassen. Es wurde bemerkt, daß bereits sehr zahlreiche Anmeldungen eingegangen sind und daß wahrscheinlich in Folge Veranlassung Seitens des Vorstandes verschiedene Händler früher kommen würden, um dem Bedürfnis hiesiger Gegend nach starken Arbeitspferden abzuheilen. Als neue Mitglieder wurden

in den Verein aufgenommen die Herren Rittergutsbesitzer Liebenmann-Slaboszewo, R. Mogilno und Julian Maske-Neudorf in Polen. Der Vereinspräsident Herr Mahne-Gonsl erstattete den Kasfenbericht pro 1882/83, nach welchem in der Kasse ein Bestand von 137,64 Mark verblieb (eigl. restirende Beiträge von 1530 M. und eines Sparkassen-fonds von 661,11 M.). Die Rechnungen sind zwecks Revision an Herrn Suradze-Gysie abgegeben worden. Von Herrn Mahne wurde ferner der Etat pro 1883/84 vorgelegt, der in Einnahme und Ausgabe mit 4297 Mark festgesetzt wurde. Die Zahl der Mitglieder beträgt 144. — Für Herrn Meinede-Snoraglaw, der durch Heiserkeit verhindert war, vorzutragen, hielt Herr Dr. Müller von hier einen Vortrag über verlegbare Eisenbahnen neuester Konstruktion. Vor der Sitzung war auf einem Felde an der Pafoscher Chaussee die Anlage einer derartigen Feldbahn erklärt worden. Unter Bezugnahme auf diese Vorführung erörterte der Vortragende die verschiedenen Systeme und zwar an der Hand verschiedener Modelle und durch Zeichnungen; es erfuhren hierbei die Vortheile derartiger Anlagen eine eingehende Beleuchtung und die Versammlung sprach nach einer eingehenden Diskussion über diesen Gegenstand ihre Meinung dahin aus, daß die Feldbahnen entschieden eine Zukunft hätten und daß sie unzweifelhaft auch in der hiesigen Gegend zur Einführung gelangen würden. — Die zur Zeit im hiesigen Kreise so heftig grassirende Maul- und Klauenseuche ist hauptsächlich durch den Import bayrischer Ochsen eingeschleppt worden. Es wurde nun in der Versammlung die Frage erörtert, welche Maßregeln dagegen ergriffen werden könnten. Der Vorsitzende schlug vor, an das Reichs-Kanzleramt eine Petition zu richten, in welcher um Einführung einer schärferen Kontrolle auf den Verladestellen für Rindvieh und Schweine, sowie um eine gründlichere Desinfektion der Viehwagen gebeten werden soll. Herr Reichs-Kanzler theilte mit, daß, wie er von dem Kreis-Physiker der Kreise Strassburg und Thorn erfahren habe, in Schleswig-Holstein das Vieh wiederholt über ein Aderkitt getrieben werde, das vorher mit Sprozentiger Karbolsäure getränkt worden ist und daß sich dies als ein gutes Präservativ gegen die Maul- und Klauenseuche bewährt habe. — Ein Antrag des Herrn Landrath Grafen zu Solms, welche Geseirarten hier hauptsächlich zum Anbau geeignet sind, wurde vertagt, da der Antragsteller in der Sitzung nicht anwesend war. — In Betreff des Anbaues der Nachfrüchte nach Zuckerrüben wurde von verschiedenen Seiten bemerkt, daß sich Geseir am besten bewährt habe, besonders wenn man dieselbe breitwürfig säe, mit dem Verdaarpflug unterpflüge und egge; mit Weizen nach Rüben sind noch zu wenig Erfahrungen gemacht worden. — Eine eingehendere Erörterung über die Frage der Preisnotifikationen für Getreide führte zu dem Beschlusse, die Einrichtung einer Produktensbörse am hiesigen Orte ins Auge zu fassen. Die Versammlung wählte eine Kommission, die aus den Herren: Corbis-Olszewice, H. Borowko, Neumann-Bielawo, Habermann-Wieranie und den Kaufleuten Meinede und Jakob Charnade, von hier, besteht, und die diese Angelegenheit vorberathen und über dieselbe in der nächsten Sitzung Bericht erstatten soll. Die Versammlung wurde nach zweistündiger Dauer geschlossen.

Pernissches.

* **Weichsel-Sidgang.** Ueber den gegenwärtigen Stand der Weichsel-Überschwemmung bei Plebendorf und Bohniad berichtet die „Dau. Ztg.“ unterm 10. April: Das Wasser ist im weiteren Fallen begriffen, die überschwemmten Chausseestrecken sind wieder vollständig wasserfrei und es läßt sich jetzt schon ziemlich genau der Umfang des angerichteten Schadens überblicken. Mit der Aufräumung der Gismassen, welche bei Plebendorf auf der Chaussee lagern, ist Seitens der Chaussee-Verwaltung gestern begonnen worden. Im Interesse der Niederungsbe wohner ist die schleunigste Fahrbarmachung der Chausseestrecken bei Plebendorf, Wehlingen und Bohniad dringend notwendig. Es ist daher zu hoffen, daß die betreffenden Verwaltungen Alles aufbieten werden, um die Kommunikation so schnell als möglich wieder herzustellen. Gewaltige Gismassen, die eine Höhe von 4—5 Meter erreichen, liegen auf den Anfahrten zur Fähre an beiden Weichselufern und werden wohl durch Sprengungen zerlegt werden müssen, bevor sie beseitigt werden können. Da die Brücke in Neufahr und Bohniad von den Gismassen bedeckt sind, auch das Anlanden schwierig ist, so wird der Trajekt gegenwärtig mittelst kleiner Handfähnen bewirkt. — Ein neues Pionier-Kommando, welches gestern Nacht unter einem Hauptmann und einem Leutnant mit einer Anzahl Pontons nach Bohniad abgegangen ist, um den vom Wasser noch vollständig eingeschlossenen Bewohnern von Bohniad-Weide, Pfarrdorf, Wördel u. G. Hilfe und Lebensmittel zu bringen, ist in der G. strasse und in der Schule zu Bohniad untergebracht und hat seine Thätigkeit sofort begonnen. Zur Unterstützung der Hilfsbedürftigen und Armen ist Seitens des Oberpräsidenten eine größere Quantität von Lebensmitteln bereits nach Bohniad gesandt und durch den dortigen Pfarrer und Amtsdirektor zur Vertheilung gelangt. Das Thörner Eis hatte Bohniad gestern Abend noch nicht passiert und es wurde vielfach befürchtet, daß dasselbe zu neuen Verstopfungen Anlaß geben könnte; hoffentlich werden die schwer geprüften Bewohner der Nehrung vor weiterem Unglück bewahrt werden.

* **Von der „Gimbria“.** Wie der Vagt in Söndhordland in der amtlichen norwegischen Zeitung „Norsk Rundgjeldesidende“ bekannt macht, ist bei Gisen ein großer, in der See schwimmender Saß gefunden worden, der mutmaßlich von der verunglückten „Gimbria“ herührt. Der Saß enthielt mehrere Betten, ein Damenkleid, zwei Stücke neues schwarzes Seidengewebe in der Länge von ca. 31 Ellen, zwei Damen-tücher, 4 Dutzend Rämme, 2 silberne Vorlegelöffel, der eine gezeichnet „S. Bremer“, 5 silberne Gläser, wovon 3 gezeichnet mit „B. Otto“, „Marie“ und „Louise“, 17 silberne Theelöffel mit gerundeten Stielen, mehrere deutsche und hebräische Bücher und eine Pappschachtel in Form eines großen Buches, auf dessen Rücken „Meyer's Konversationslexikon“ gedruckt steht und in welcher sich vorfanden: 10 goldene Herren-, 13 goldene Damen- und 7 silberne Herrenuhren. Auf dem Saße steht mit schwarzen Buchstaben geschrieben der Name „Simon“. Alle diejenigen, welche Eigentumsrechte geltend machen wollen, haben sich an „Söndre Bergenhus Amt“ in Norwegen zu wenden.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Oesterreichische 4 Prozent. 250 Fl. Loose de 1854.** 57. Prämienziehung am 2. April 1883 zu den am 2. Januar 1883 gezogenen Serien. Auszahlung am 30. Juni 1883.
Gezogene Serien: Ser. 57 70 300 620 721 754 909 1072 1122 1124 1137 1206 1217 1359 1392 1425 1720 1730 1743 1899 1937 1939 1999 2191 2226 2228 2366 2439 2441 2485 2495 2651 2692 2930 2972 2977 3156 3163 3212 3482 3507 3583.
Gewinne: a 100,000 Fl. Ser. 2485 No. 27.
b 20,000 Fl. Ser. 57 No. 13.
Die übrigen Nummern obiger Serien erhalten je 300 Fl.

Telegraphische Nachrichten.

Karlruhe, 10. April. Die Kaiserin von Oesterreich stattete heute mit der Erzherzogin Marie Valerie dem Großherzog und der Großherzogin im hiesigen Residenzschlosse einen Besuch ab.

Osternode, 10. April. Bei der Reichstagsersatzwahl in dem Wahlkreise Osternode-Neidenburg wurde nach amtlicher Feststellung Rittergutsbesitzer Hofe (konj.) mit 8679 von 13,478 abgegebenen Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat, Rittergutsbesitzer Weisker (Sejess.) erhielt 4776 Stimmen.

1950

